

Flüchtlingshilfe abgeschrieben?



Landesregierung streicht Förderung für den Kieler Flüchtlingsrat

Martin Link ist Mitarbeiter in der Kieler Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.

Immerhin seit 1997 hatte der Flüchtlingsrat institutionelle Förderung zur Durchführung seiner satzungsgemäßen Aufgaben erhalten. Im Jahr 2007 wurde diese Förderung auf projektbezogene Förderung als sogenannte „Landesweite Beratung“ umgestellt und seither sukzessive auf zuletzt ca. 45.000 EUR heruntergekürzt. Gleichzeitig wurde das Regime einer restriktiven Zweckbindung und regelmäßig nachträglichen Überprüfung der Förderfähigkeit eingeführt.

Was macht der Flüchtlingsrat?

Unter dieser Überschrift finden Sie Berichte über das, was der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein im 20. Jahr seines Bestehens immerhin mit Bundes- und EU-Förderung, Drittmitteln oder aus eigener Kraft leistet auf den Seiten 10,16,21,27,35,37,47 in diesem Heft.

Dennoch ist es dem Flüchtlingsrat auf Grundlage dieser Förderung gelungen, die fachliche Vernetzung der in der direkten Solidaritätsarbeit in Kreisen und Gemeinden Engagierten und regelmäßige bedarfsgerechte Informationsangebote für Asylsuchende und Flüchtlinge zu gewährleisten. In den Jahren 2007 bis 2010 wurden im Zuge des landesgeförderten Projekts ca. 130 Veranstaltungen und Schulungen durchgeführt und Aktivitäten in folgenden Bereichen entfaltet:

- Schulung und Qualifizierung von Haupt- und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe zu zielgruppenspezifischen rechtlichen, sozialen und methodischen Themen.
 - Erarbeitung und Veröffentlichung von print- und online-Materialien sowie Durchführung von Veranstaltungen zu Fluchtursachen und zur Situation von Flüchtlingen im Exil.
 - Beratung und Vernetzung von MultiplikatorInnen in der Einzelfallhilfe, von Selbstorganisationen sowie beratungsorientierte Kooperation mit Verbänden und gesellschaftlichen Institutionen.
 - Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung Ehrenamtlicher und Mitarbeit in Bündnissen für die Unterstützung von Flüchtlingen.
- Damit legt das Projekt eine Leistungsbilanz vor, die den flüchtlingspolitisch guten Ruf unseres Bundeslandes zumindest mit begründet hat. Das Kopfschütteln, mit dem die Streichung der Landesförderung von Sachkundigen selbst über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinweg begleitet wird, mag von daher und eingedenk der landesweit wieder ansteigenden Asylzuwanderung kaum überraschen.
- Die Streichung der Landesförderung für den Flüchtlingsrat korrespondiert allerdings mit einer Politik, die allen Bedarfsentwicklungen zum Trotz offenbar Flüchtlinge und Asylsuchende als Nutznießer von Landesfördermitteln weitgehend abgeschrieben hat:
- Aus dem aktuellen Haushaltsplan wurden die für die Unterstützung von traumatisierten Flüchtlingen vorgesehenen Mittel auf andere Bereiche umverteilt.
 - Träger der Migrationssozialberatung (MSB) beklagen – neben der aktuell drohenden Streichung von 5

Im Mai teilten VertreterInnen der zuständigen Abteilung des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration dem Flüchtlingsrat - pünktlich zu seinem 20-jährigen Bestehen - mündlich mit, dass der Verein wie schon im Bescheid vom Januar avisiert, nun endgültig keine projektbezogene Landesförderung mehr zu erwarten hätte. Eine Antragstellung für das Jahr 2012 wäre möglich, aber mit Blick auf die vom Ministerium zur Förderung priorisierten Themen und angesichts der Haushaltslage absehbar nicht erfolgreich.

Personalstellen – schon lange, dass zu den geltenden Förderkriterien eine bedarfsgerechte Beratung nicht und die effektive Unterstützung von Flüchtlingen nur sehr bedingt möglich ist.

- Eine Ko-Finanzierung der verschiedenen regionalen Bleiberechtsnetzwerke zur arbeitsmarktlichen Integration von Flüchtlingen war dem Land nicht abzurufen.
- Das Anliegen der Förderung einer Clearingstelle für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge blieb seitens sämtlicher Landesregierungen in den letzten Jahren nicht erhört.
- Mit der Zusammenlegung der Landesunterkünfte 2009 wurde zudem die Asylverfahrensberatung in der Erstaufnahmekaserne Neumünster in die Belange des Betreuungsverbandes integriert. Die

Förderung der bewährten, für die Betroffenen erkennbar unabhängigen Verfahrensberatung eines externen Trägers wurde gestrichen.

Begründet wird das Ende der bisherigen Landesförderung dem Flüchtlingsrat gegenüber mit Haushaltslagen und einer divergierenden Schwerpunktsetzung in der Förderpolitik. Die vom Land stattdessen geförderten Partizipationsprojekte orientieren hingegen insbesondere auf Migrantinnen und Migranten mit gesichertem Aufenthalt. Von in diesem Jahr noch geförderten Projekten, die sich der interkulturellen Öffnung von Beratungs- und Gesundheitseinrichtungen widmen, können Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthalt allenfalls indirekt profitieren. Ansätze für einen Paradigmenwechsel hin zu gezielten Maßnahmen der Integration von Flüchtlingen enthält auch der jüngst vorgelegte Aktionsplan Integration nicht.

Doch gerade gegen diesen Trend rufen wir die im Landtag vertretenen Parteien auf, sich gegenüber der Regierung und dem zuständigen Ministerium - spätestens mit Wirkung ab 2012 - für eine Wiederaufnahme der Landesförderung des Flüchtlingsrates und damit der in der dezentralen menschenrechtsorientierten Flüchtlingshilfe engagierten Gruppen und Bürgerinitiativen einzusetzen.



Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein feiert 20-jähriges Jubiläum. „DIE LINKE gratuliert!“

DIE LINKE gratuliert dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein zum 20-jährigen Bestehen!

„Die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik ist geprägt von dem Versuch, Flüchtlinge abzuschrecken. Es gibt zwar einen gesetzlichen Anspruch auf Asyl, er wurde aber durch die Asylgesetzgebung der letzten Jahrzehnte immer stärker aufgelöst. DIE LINKE kämpft dafür, dass sich diese Entwicklung wieder umkehrt“, sagt Jannine Menger-Hamilton, Landessprecherin der LINKEN.

„Der Flüchtlingsrat und seine mutige und engagierte Arbeit sind und bleiben dringend nötig. Deswegen ist es politisch unverantwortlich, dass die Landesregierung die Projektförderung für den Flüchtlingsrat gerade in diesem Jahr nicht weiterführt. Angesichts massiv steigender Flüchtlingszahlen eine Entscheidung, die nicht nur falsch ist, sondern auch zur Unzeit kommt“, ergänzt Antje Jansen, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Schleswig-Holstein.

„Wir danken dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein dafür, dass er uns beim Start in unser Engagement für eine gute Flüchtlingspolitik im Land unterstützt hat durch:

- kompetente und qualifizierte Gespräche und Anregungen für die Landesflüchtlingspolitik,
- engagierte gemeinsame Arbeit an Einzelfällen,
- interessante gemeinsame Veranstaltungen, beispielsweise zu Deportationen schleswig-holsteinischer Sinti und Roma in den 1940er Jahren,
- Weiter- und Fortbildungen, z.B. im Aufenthalts- und Flüchtlingsrecht und
- gemeinsames politisches Engagement und Aktionen, z.B. gegen Abschiebungshaft.

Wir schätzen am Flüchtlingsrat besonders seine engagierten haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Arbeit mit viel Herzblut und persönlicher Opferbereitschaft machen.

In vielen Bereichen muss dringend etwas für Flüchtlingsrechte getan werden. Sei es die Beendigung der fürchterlichen Zustände an den EU-Außengrenzen, die Verbesserung der Bleiberechtsregelung und die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes auf Bundesebene, oder sei es die Verbesserung der Unterbringung in Schleswig-Holstein und die erleichterte Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen, um nur einige Beispiele zu nennen. Flüchtlinge brauchen eine starke und schlagkräftige Lobby. Wir dürfen nicht nachlassen, unsere Forderungen laut und wirkungsvoll zu wiederholen. Wir werden nicht nachlassen, bis wir in einer gerechten und solidarischen Gesellschaft leben.

Es ist wichtig, dass wir alle gemeinsam und an unterschiedlichsten Orten dieser Gesellschaft für ein gerechtes und solidarisches Miteinander kämpfen. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, dass eine neue Landesregierung die Arbeit des Flüchtlingsrates höher wertschätzt und freuen uns auf eine weiterhin gute und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat“, so Antje Jansen und Jannine Menger-Hamilton.

20
gegen
Ausgrenzung
und
Abschiebung
jahre